

Danziger Zeitung.

Nr. 12779.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwangergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Beiträge oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Vorden, 9. Mai. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Der französische Botschafter Tissot begab sich gestern nach der Pforte und erklärte, die französische Regierung habe von der Absendung türkischer Panzerfahrzeuge nach dem Mittelmeer Kenntnis erhalten und lege, falls dieselben nach Tunis gingen, Protest dagegen ein. Die Schiffe würden, wenn sie Tunis ausließen, französischerseits mit Geschützen empfangen werden. Die Pforte wird wegen dieser Drohung eine Circularnote an die Mächte richten.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 8. Mai. Im Ceremonienaal der Hofburg fand gestern ein Hoftag statt, auf welchem der Kaiser und die Kaiserin, die belgischen Majestäten, Kronprinz Rudolf, Prinzessin Stefanie, viele Mitglieder der kaiserlichen Familie, die fremden Fürstlichkeiten, sowie das diplomatische Corps erschienen. — Der Kronprinz und seine Braut nahmen Vormittags im Schönbrunner Schlosse im Beisein des Königs und der Königin von Belgien, die Huldigung der Deputationen des österreichischen und ungarischen Parlaments, der Stadt Pest, des Wiener Gemeinderathes, der Kroaten des Landtages, der Stadt Zürich, der Militärgrenze, der österreichischen Kronländer, sowie des Clerus entgegen.

Paris, 8. Mai. In der gestrigen Sitzung der internationalen Münzkonferenz erklärten die Delegirten Deutschlands, Deutschland erachte es für zweckmäßig, sich mit England in's Einvernehmen zu setzen, sowohl wegen der directen wichtigen Beziehungen zwischen Deutschland und England, als auch weil der Londoner Markt vorausweise zur Liquidation der auswärts laufenden Rechnungen Deutschlands diene.

Das "Journal officiel" veröffentlicht heute das Gesetz über den allgemeinen Zolltarif.

Rom, 8. Mai. Der König hat dem Kronprinzen von Österreich den Annunciaten-Orden verliehen.

Petersburg, 8. Mai. Der außerordentliche Botschafter der Pforte Neuf Pascha ist gestern Nachmittag vom Kaiser in Gatschina in feierlicher Audienz empfangen worden. — Bezüglich der Meldung der "Daily News", daß England das russische Circular betreffend die Verfolgung politischer Verdächtige nicht erhalten habe, bemerkt die "Agence Russie", diese Meldung sei eine vorzeitige, England sei vor dem Circular nicht geschlossen gewesen.

Die "Nowoje Wremja" melde aus Krasnodar vom 6 April, daß General Stoboleff dorthin mit seinem Stabe zurückgekehrt und am 5. v. Mis. nach Aßhah weitergereist sei, von wo er sich nach Petersburg begeben werde.

Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Mai.

Eigenthümlich ist das Verhältnis, in welchem die Regierung jetzt zu dem Centrum steht. Während die Liberalen von den offiziösen Organen und im Reichstag heftig angegriffen werden, während jedem Schritt, jeder Erklärung und Abstimmung selbst der Nationalliberalen die möglichst schlimmste Bedeutung untergelegt wird, behandelt man das Centrum mit der größten Voracht und Artigheit. Wenn einmal gegen die Ultramontanen polemisiert wird, so geschieht dies in rein sachlichem, ja, akademischem Tone, während die Liberalen, was sie auch thun mögen, täglich mit den schärfsten persönlichen Angriffen überhäuft werden. Und nachdem Fürst Bismarck soeben Herrn v. Bennigsen einige freundliche, wenn auch dringend mahrende Worte gesagt hat, beeilt er sich, die Ultramontanen durch verdoppelte Liebenswürdigkeiten in guter Stimmung zu erhalten.

Vor gestern hat Fürst Bismarck ein parlamentarisches Diner gegeben — solche Dinge gehören ja heute mit zur Politik und sind oft wichtiger als die Sitzungen der Kammern —, bei welchen die Liberalen nur in geringer Zahl und in Vertretern des „rechten Flügels“, die Ultramontanen aber zahlreich vertreten waren; daneben am meisten die mittelstaatlichen Reichstagsmitglieder. Während neun Mitglieder aus Württemberg vorhanden waren, war Preußen nur durch vier Mitglieder vertreten, fast lauter Ultramontane, darunter die beiden Reichenberger und Frhr. v. Landsberg. Fürst Bismarck hatte zur Rechten den Führer der bairischen Ultramontanen, Frhrn. v. Frankenstein, zur Linken den ultramontanen Fanatiker Dr. Mousang sitzen, mit dem er sich, nach dem Bericht der "Nat-Ztg.", längere Zeit unterhielt. Das Centrum erwies der Regierung in vielen ihr naheliegenden Fragen, bei denen nicht speziell ultramontane Interessen in's Spiel kommen, erhebliche Dienste; es commandirt beim Hammesprung so viele Mitglieder zur Rechts- oder Reinhüth, wie die Regierung braucht. Wie aufrichtig die gegenseitigen Liebenswürdigkeiten gemeint sein mögen, ist eine andre Frage. Das Centrum operiert stets so, daß ihm der Rückzug zur Opposition offen bleibt. Fürst Bismarck sagte einst vor 1870, als jemand ihn auf die für das Gemeinwohl schädliche Thätigkeit der Jesuiten aufmerksam machte: „Wir kennen sie; aber wir brauchen sie.“...

Ein Theil der Nationalliberalen kann an dem Scheidewege nur schwerlich zu einem bestimmten Beschlüsse aufrufen. Mehrere Organe der national-liberalen Presse, z. B. die "Magd. Ztg.", führten in jüngster Zeit eine feste, auf ein Zusammengesetzen mit den entchiedenen Elementen gerichtete Sprache. Der "Hann. Cour." ist in sehr zweifelhafter Stimmung. Er lobt zunächst überaus Alles, was Herr v. Bennigsen in seiner Donnerstagsrede gesagt, dann lobt er ebenso die Worte des Reichskanzlers, auch die

Mahnung, sich nicht „vom Linken umgarnen“ zu lassen. „Das waren Worte — sagt der "Courier“ — die von Herzen kamen und die deshalb des Wegs zum Herzen nicht verfehlten. Wenn ein Mann wie Fürst Bismarck einem Manne wie Herrn v. Bennigsen vor dem deutschen Volle die Hand entgegenstreckt, so sollten ihre Verdienste beide vor kleinlicher Missbehandlung schützen. Wir möchten manches Wort des Reichskanzlers lieber nicht vernommen haben, und wir können viele seiner Maßregeln nur lebhaft bedauern. Aber wir wissen auch, daß dem viel vergeben werden kann, der so viel gegeben hat, und wir wissen, daß wir nimmer seines Gleichen finden werden.“ Die Nationalliberalen würden sich nicht in die systematische Opposition drängen lassen: „Die letzte Debatte hat uns unseren Gegnern auf der Linken nicht einen Schritt näher gebracht. Wahrschägig, wir lassen uns vom Linken nicht umgarnen, aber vom Rechten? Ja, wenn wir nur wüssten, ob der Rechte denn auch wirklich der Rechte ist.“ Der "Hann. Cour." erklärt sich dann zum Zusammenarbeiten mit dem Reichskanzler eifrig bereit, aber er kann sich nicht denken, wie Fürst Bismarck dies praktisch ermöglichen will. Alle Ereignisse der letzten Zeit sprächen gegen den festen Willen dazu, zuletzt noch die Vorgänge in der Unfallversicherungsgesetz-Commission, wo die Regierung die Verständigung mit dem Centrum vorgezogen hat. Der "Courier" ruft zum Schluss dem Fürsten Bismarck gleichfalls mit „voller Herzlichkeit“ zu: „Läßt nicht vom Schwarzen dich umgarnen! Hier läge allerdings der Punkt, wo sich unsere Wege scheiden mühten.“

Noch ganz anders sprechen die süddeutschen Stimmen, die sich dort heute noch nationalliberal nennen, die jetzt ganz auf dem Standpunkte der berühmten „Partei Knobloch“ stehen und für den Liberalismus vollständig verloren sind, z. B. die Münchener "Südd. Pr." und der "Schwäbische Merkur".

In der vorigestrigen Sitzung des Reichstags erfolgte das Begräbnis der Wehrsteuer. Die Abg. Günther (Nürnberg) und Schorlemer-Als wandten sich gegen dieses merkwürdige Steuerprojekt, und namentlich der letztergedachte Redner war es, welcher nochmals darauf hinwies, daß dies Gesetz durchaus nicht als den Geboten der ausgleichenden Gerechtigkeit entsprechend hingestellt werden könne. Ebenso wurde der merkwürdige Widerspruch betont, daß man das indirekte Steuersystem anpreist und dabei eine direkte Steuer einführen will. Herr Schatzsekretär Scholz hatte die undankbare Aufgabe, der Wehrsteuer die Leichenrede zu halten. Er fand zwar verschiedene Vorteile derselben, aber wenig Gehör bei den Herrn Reichsherrn. Bei der Abstimmung erhob sich kaum ein Mitglied des Hauses für diese Steuervorlage, die übrigens, da sich der Herr Kriegsminister v. Kamke und einige andere militärische Bevollmächtigte zu diesem feierlichen Akt eingestellt hatten, mit militärischen Ehren besetzt ward. — Das Haus vertagte sich bis zum 16. Mai, so daß die Commissionen also diese ganze Woche für ihre Arbeiten frei bekommen.

Aus Baden wird gemeldet, daß das neue Ministerium die Prefordomanz des früheren Ministers Stößer, welche so viel böses Blut gemacht, durch Ministerialverfügung außer Wirksamkeit gesetzt hat. Das dänische Folkething ist am Sonnabend aufgelöst worden, nachdem sich eine Verständigung über das Budget zwischen der Regierung und dem Landsting einerseits und dem Folkething andererseits als unmöglich herausgestellt hatte. Die Neuwahlen sind bereits auf den 24. Mai, der Zusammentritt des neu gewählten Folkethings ist auf den 27. Mai anberaumt.

Das "Journal de St. Petersburg" bemerkt gegenüber einer Mitteilung der "Moskauer Ztg.", nach welcher die russischen Unterhandlungen mit dem Vatican auf die Errichtung einer Nuntiatur in Petersburg abzielen sollten, ein solcher Gedanke sei weder von der einen, noch von der anderen Seite in Anregung gebracht worden und könne ersichtlicher Weise auch nicht in Frage stehen. — Die "Agence Russie" beweist, daß der Papst die Protestationen der Polen gegen das Nebeneinkommen Russlands mit dem heiligen Stuhl angenommen hätte. Ein solches Verhalten des Papstes würde nicht im Einklang stehen mit seinen jüngsten auf die Frage bezüglichen Kundgebungen.

Die oben genannte offiziöse russische "Agence" bestreitet, daß die Mächte geneigt seien, den französisch-türkischen Conflict einem europäischen Congresse zu unterbreiten.

Reichstag.

40. Sitzung vom 7. Mai.

In dritter Beratung erledigt der Reichstag die allgemeine Rechnung über den Haushalt des deutschen Reiches für 1875 und die Nebenrechnungen der Ausgaben und Einnahmen des Reiches für 1879—80; eine ganze Reihe von Petitionen werden als zur Beratung im Plenum ungeeignet erklärt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetz-Entwurfs wegen Abänderung des Gesetzes vom 13. Februar 1875 über die Materialleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden nach dem Vorlage der Regierung sollte vorher nach dem Rechtfertigt werden, wenn er nicht freihandig zu beschaffen war und zwar nicht wie bisher zum öffentlichen Preise, sondern zu einem Preise, der den für das betreffende Lieferungsverband vom Bundesrat festgestellten Vergütungssatz nicht übersteigt. In der zweiten Lektüre batte der Reichstag die Vorschlag angenommen, aber hinzugefügt, daß bei besonderen Umständen im einzelnen Falle eine

höhere Entschädigung gewährt werden könne; die Entscheidung darüber soll den Selbstverwaltungsbehörden übertragen werden. Für die Fahrt vom Wohnorte zum Siedlungsorte soll eine Entschädigung nur gezahlt werden, wenn die Fahrt mehr als 7½ Kilometer beträgt.

Abg. v. Schorlemer-Als beantragt für jede Fahrt eine Entschädigung zu gewähren, auch wenn die Entfernung weniger als 7½ Kilometer beträgt.

Abg. Günther (Sachsen): Der Landmann würde gerne auf jede noch so hohe Entschädigung verzichten, wenn er nur von der lästigen Vorpanneistung befreit würde. Der Vorschlag der Commission und des Abg. v. Schorlemer bietet aber wenigstens eine halbwegs ausreichende Entschädigung.

Staatssekretär v. Voetticher: Nachdem der Bundesrat die von Ihnen bereits in zweiter Lektüre genehmigte Fassung eingehend geprüft hat, kann ich erklären, daß die verbündeten Regierungen sich mit derselben nicht einverstanden erklären können. Es handelt sich hier um Ansprüche an den Reichstag und die selben entstehen werden durch Organe der Selbstverwaltung, ohne daß die Reichsverwaltung auf die Zusammensetzung dieser Behörden einen Einfluß hätte. Dies wäre ein Vorgang ohne Gleichen. Auch der Antrag Schorlemer bitte ich abzulehnen, da er eine zu hohe Forderung bedeutet.

Abg. v. Norddei zur Rabenan befürwortet im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit die Aufrechterhaltung der Beschlüsse zweiter Beratung und die Annahme des Antrages Schorlemer.

Abg. Wendel: Die Organe der Selbstverwaltung sind zur Prüfung der Ansprüche der Stellungspflichtigen am berufen, weil sie allein mit den einschlägigen Verhältnissen vertraut sind.

Abg. v. Schorlemer: Wer die praktischen Verhältnisse kennt, wird wissen, daß für den Landmann, wenn er auch nur 2 oder 3 Stunden zu fahren hat, der halbe, wenn nicht der ganze Tag verloren ist. Mein Antrag enthält deshalb durchaus nicht eine zu hohe Forderung.

Der Antrag v. Schorlemer wird angenommen. Ebenso ein Antrag des Abg. v. Beaulieu-Marconnay, nach welchem nur die Gemeindebehörden übergeordneten Selbstverwaltungsbehörden die fraglichen Entscheidungen treffen sollen. Auch das Gesetz im Ganzen wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gelegenheitswurfs betreffend die Besteuerung der zum Militärdienst nicht heran gezogenen Wehrpflichtigen. § 1, welcher das Prinzip des Gesetzes enthält, lautet: „Wehrpflichtige, welche 1. vom Dienst im Heer oder der Marine ausgeschlossen oder ausgemustert, 2. der Erzgießerei I. oder II. oder der Seewehr II. Klasse überwiesen werden oder 3. vor erster Dienstzeit aus jedem Militär-Berthalt ausscheiden, haben eine Steuer nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu entrichten.“

Abg. v. Delbrück: Was wir s. B. in Bayern unter dem „Wehrfeuer“ verstanden wissen wollen, ist etwas von der hier vorgeschlagenen Wehrsteuer durchaus verschiedenes. Es fehlt jener Abgabe der Wehrsteuer anhaltende fiscalische Charakter; sie sollte vielmehr lediglich zur Befreiung des damals in Bayern lebhaft hervorgetretenen Unteroffiziermangels dienen. Wenn die Motive auf das Beispiel der Schweiz hinweisen, so sehe ich nicht ein, weshalb wir diese Situation darum auch bei uns heimisch machen müssen. Die Schweiz mit ihrer minimalen Dienstdauer kann in dieser Hinsicht schwerlich für uns als Vergleichsobjekt dienen. Wenn wir gewisse Erleichterungen in unserem Heeresdienst einführen wollen, dann gibt es dazu sicherlich bessere Wege, als das bedenkliche Ausflugsmittel einer Wehrsteuer. Sorgen wir dafür, daß die Verpflegung der Soldaten nach wissenschaftlichen Grundsätzen geregelt, daß die persönliche Ehre derjenigen nicht durch die sich leider immer wiederholenden Misshandlungen gefährdet werde! Sorgen wir vor Allem für eine Herabminderung der Dienstzeit! In der Praxis würde die Wehrsteuer zu den schrecklichen Ungerechtigkeiten führen. Wie will man es mit dem Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit vereinigen, daß ein Bater, der neuen Sohne bei der Fahne hat, für einen zehnten, dem ein körperliches Gebrechen Dienstbefreiung verschafft, der aber 4. vor erster Dienstzeit aus jedem Militär-Berthalt ausscheiden, haben eine Steuer nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu entrichten.“

Abg. Günther (Nürnberg): Was wir s. B. in Bayern unter dem „Wehrfeuer“ verstanden wissen wollen, ist etwas von der hier vorgeschlagenen Wehrsteuer durchaus verschiedenes. Es fehlt jener Abgabe der Wehrsteuer anhaltende fiscalische Charakter; sie sollte vielmehr lediglich zur Befreiung des damals in Bayern lebhaft hervorgetretenen Unteroffiziermangels dienen. Wenn die Motive auf das Beispiel der Schweiz hinweisen, so sehe ich nicht ein, weshalb wir diese Situation darum auch bei uns heimisch machen müssen. Die Schweiz mit ihrer minimalen Dienstdauer kann in dieser Hinsicht schwerlich für uns als Vergleichsobjekt dienen. Wenn wir gewisse Erleichterungen in unserem Heeresdienst einführen wollen, dann gibt es dazu sicherlich bessere Wege, als das bedenkliche Ausflugsmittel einer Wehrsteuer. Sorgen wir dafür, daß die Verpflegung der Soldaten nach wissenschaftlichen Grundsätzen geregelt, daß die persönliche Ehre derjenigen nicht durch die sich leider immer wiederholenden Misshandlungen gefährdet werde! Sorgen wir vor Allem für eine Herabminderung der Dienstzeit! In der Praxis würde die Wehrsteuer zu den schrecklichen Ungerechtigkeiten führen. Wie will man es mit dem Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit vereinigen, daß ein Bater, der neuen Sohne bei der Fahne hat, für einen zehnten, dem ein körperliches Gebrechen Dienstbefreiung verschafft, der aber 4. vor erster Dienstzeit aus jedem Militär-Berthalt ausscheiden, haben eine Steuer nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu entrichten.“

Abg. v. Schorlemer-Als: Ich vermag die Wehrsteuer nicht mit dem in der uns zugegangenen Denkschrift ausgesprochenen Grundsätze von der Verwertbarkeit der direkten Steuern zu vereinigen. Sie passt dazu, wie die Faust aufs Auge. Welch handelt sich bei dieser Vorlage nicht um eine ausgleichende, sondern um eine neue, direkte, recht drückende Einkommensteuer. Die Wehrsteuer würde namentlich die ländliche Bevölkerung schwer belasten.

Außerdem würde damit der untenstehende 5 Stufen der Klassensteuerpflichtigen, die in Preußen steuerfrei gemacht werden sollen, eine neue direkte Steuer auferlegt werden. Diejenigen, welche wegen geringerer Mängel vom Dienst freigestellt sind, haben häufig den Eltern schon von Jugend auf erhebliche Kosten verursacht und fallen, da sie keinen eigentlichen Lebensberuf haben erregen können, den Eltern oft dauernd zur Last. Hier noch obendrein mit einer Wehrsteuer eingesetzt, hieße die Unbilligkeit auf die Spitze treiben. Ich komme zu dem Schluß, daß durch das Prinzip das Gesetz nicht erreicht wird, was erreicht werden soll. Ich muß nach wie vor in dem Gesetz nur eine neue direkte Steuer erkennen, die lediglich beweist, daß dem Reich eine neue Einnahme zu verschaffen, und die die ärmeren Klassen mehr belastet als die anderen.

Staatssekretär Scholz: Wenn man in dieser Vorlage eine Verleugnung des Prinzips unseres Heeresdienstes erkennt, so scheint mir mit anderweitig militärischer zu sein, als bei der Militärverwaltung selbst, die keine Bedenken gegen dieses Gesetz geltend gemacht hat. Der Einwand, daß dieser Entwurf mit dem Prinzip unserer Steuereform nicht harmoniert, kann doch nicht von denen erhoben werden, die überhaupt mit dieser Reform nicht einverstanden sind. Überdies hat die Denkschrift nicht schlechthin die Unbrauchbarkeit aller direkten Steuern betont.

Vom Standpunkt der Regierung aus handelt es sich hier um eine Befreiung bestimmt herortender Ungleichheiten, die sich auf keine andere Weise als durch Einführung einer direkten Steuer beenden läßt, und eine solche ist nur in Gestalt einer Reichssteuer denkbar.

Hätte das Reich nicht die Bedürfnis nach neuen Einnahmen, so würden die bedürftigen Regierungen diese Vorlage nicht gemacht haben. Wer sich den Zusammenhang dieser Vorlage mit dem im Vorjahr wegen Verstärkung unseres Heeres gemachten vergeblichen, wird das Bedürfnis kaum bestreiten können.

S 1 wird darauf einstimmig abgelehnt; ebenso die übrigen Paragraphen des Gesetzes ohne jede weitere Debatte. Die Wehrsteuer ist damit definitiv bestellt.

Es folgt die Beratung über nachstehenden Antrag der Abg. Adermann u. Gen.: 1) den Reichsländer zu ersuchen, auf Befreiung der Härten, welche durch die internationale Convention, Maßregeln gegen die Blasenbandel betreffend, vom 17. September 1878 für den Blasenbandel geschaffen sind, und zwar vorläufig im Wege von Verwaltungsvorschriften, Bedacht zu nehmen, unter der Voraussetzung und insoweit die deutsche Seite gestellten Anträgen, auf Änderung der Convention, die Zustimmung der an der legierten sonst beteiligten Staaten finden werden; 2) auch zu solchen Zwecken im Voraus mit einer Änderung der bezeichneten Convention in dem Sinne sich einverstanden zu erklären, daß von dem Erfordernis der Wurzelreinheit der zu Einschließung bestimmten Blasen absehen und mit dem für derartige Sendungen allgemein üblichen Verpackungszaunde sich begünstigt werde, wenn außer den in der Convention bereits vorgeschriebenen Ausweisungen unverdächtigen Ursprungs eine behördliche Bescheinigung des Inhalts beigebracht werde, daß in der Pfanzschule oder sonstigen Gartenanlage, aus welcher die betreffende Sendung hervorgeht, weder Neben enthalten sind, noch Nebenbandel getrieben wird.

Abg. Adermann macht zur Begründung seines Antrages geltend, daß viele Blasen ohne Erde gar nicht versendet werden können, so daß die deutsche Handelsgärtner durch die Vorschriften der Reblausconvention erheblich geschädigt werde. Eine Änderung dieser Bestimmungen sei, sobald Deutschland seine Zustimmung gebe, mit Sicherheit zu erwarten, nachdem Holland, Luxemburg und neuerdings auch Österreich ihre Geneigtheit zu einer solchen Modifikation bereits kundgegeben.

Abg. Ivyle constatirt, daß namentlich aus den Gärtnereien Thüringens laute Klagen über die gegenwärtigen Beschränkungen des Pfanzens Handels laufen würden.

Abg. Delbrück macht darauf aufmerksam, daß der Wortlaut des Antrages, in welchem das Haus sich „im Voraus“ mit der Änderung der Reblausconvention einverstanden erklärt, leicht zu der Deutung Anlaß geben könnte, daß die abgeänderte Convention später dem Reichstage nicht mehr zur Genehmigung vorgelegt zu werden brauche. Da die Convention den Charakter eines Gelegetz trage, so könne die Regierung jedoch von der Vorlegung derselben nicht entbunden werden.

Staatssekretär v. Voetticher erkennt die Verpflichtung der Regierung, die ab

Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft, sowie den Liquidatoren einer Handelsgesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft zur Last fällt. Der Antrag Stumm wird seitens des Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann für wohl annehmbar erklärt und von der Commission angenommen. Dagegen wird das Alinea 2 der Vorlage, Verpflichtung des Unternehmers bei nicht erfolgter Anzeige des Betriebs, auf Antrag des Abg. Laporte gestrichen. Damnaht wurde der § 47 in folgender Fassung angenommen: „Hat der Betriebsunternehmer den Unfall vorfällig herbeigeführt oder durch großes Verschulden verursacht, so ist er verpflichtet, der Reichsversicherungsanstalt alle Aufwendungen zu erstatten, welche dieselbe in Folge des Unfalls zu machen hat. Als ein Verschulden der Betriebsunternehmer in diesem Sinne gilt, wenn dasselbe dem gesetzlichen Vertreter handlungsunfähiger Betriebsunternehmer, desgleichen den Mitgliedern des Vorstandes einer Aktiengesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft, sowie den Liquidatoren einer Handelsgesellschaft oder eingetragenen Genossenschaft zur Last fällt.“ Die §§ 48–52 wurden ohne Discussion angenommen. Der Antrag des Abg. Stumm, den § 53, demzufolge neben der auf Grund des Gesetzes abgeschlossene eine Versicherung wegen Gewährung eines Zuflusses zu den in §§ 8 und 9 festgestellten Renten abgeschlossen werden kann, zu streichen, wird von dem Antragsteller verteidigt und alsdann die Sitzung auf Montag vertagt. Es soll dann zunächst in die Beratung der seiner Zeit zurückgestellten SS 4–6 (Geschäftsleitung und Organisation der Versicherungsanstalt) eingetreten werden.

* * * Berlin, 8. Mai. In der Commission für die Stempelabgaben wurde gestern der § 45 (Befreiung der mit der Beaufsichtigung des Stempelwesens beauftragten Behörden und Beamten, Prüfung der Correspondenzen u. s. w. der Aktiengesellschaften) angenommen. Ein auf Streichung derselben gerichteter Antrag wurde mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die §§ 46–49 (Vollstreckbarkeit, Befreiung der Rassen des Reichs, Erhebungsentzündigung der Einzelstaaten) wurden angenommen. Die § 50 wurde von national-liberaler Seite beantragt, die Überweisung des Steuerertrags an die Einzelstaaten zu streichen. Der Antrag wurde in den gegen die Stimmen der Conservativen und des Centrums abgelehnt. Die fortschrittlichen Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. — Die Commission für die Abänderung des Gerichtskostengesetzes beantragte die erste Lesung der Vorlage unter Annahme einer Resolution, welche den Reichskanzler erachtet, in der nächsten Session dem Reichstag eine Vorlage wegen Abänderung der Gerichtstage in Verbindung mit einer Revision der Gebührenordnung für Rechtsanwälte zu machen.

* Aus Wiesbaden wird von Sonnabend gemeldet: Der Kaiser machte gestern nach Beendigung der Parade in Begleitung der Frau Großherzogin von Baden eine Spazierfahrt und arbeitete sodann mit dem Chef des Civilcabinets von Bilmowitz. Später empfing er den Besuch des Großherzogs und der Prinzessin Victoria und Elisabeth von Hessen, welche zur kaiserlichen Tafel gezogen wurden, an welcher auch zahlreiche höhere Militärs teilnahmen. Abends erschienen die Herrschaften im Theater. Der Herzog Paul von Mecklenburg und der Contreadmiral Prinz Wilhelm von Hessen-Philippsthal sind hier eingetroffen. — Am Sonntag nahmen an der kaiserlichen Tafel Theil die Frau Großherzogin von Baden, die Prinzessin von Schaumburg-Lippe, die Prinzessin von Thurn und Taxis, die Prinzessin von Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürst Galizien, Graf Solms-Rödelheim, Regierungspräsident v. Wurmb, Baron v. Rothschilb u. a.

* An dem Diner, welches zur Feier der Vermählung des Erzherzogs Kronprinzen Rudolf von Österreich-Ungarn am Dienstag in der österreichisch-ungarischen Botschaft stattfinden wird, werden auch der Kronprinz und die Kronprinzessin teilnehmen.

* Die „S. 3.“ erzählt von der am das gestrige parlamentarische Diner beim Fürsten Bismarck sich anschließenden üblichen politischen Cauferie: Von dem Unfall-Versicherungs-Gesetz wurde fast gar nicht gesprochen, nur als beim Verlassen des Saales dem Reichskanzler mitgeteilt wurde, daß die Commissionmitglieder zur Durchberatung des Gesetzes die nächste Woche hier bleiben würden, bemerkte der Reichskanzler, „er wolle etw. von seinem ausgewählten Mitarbeiter, Geh. Rath Lohmann, den Bericht über die Commissionarbeiten abwarten; er hoffe jedoch, daß man zu einer Verständigung kommen werde.“ Als Hauptthema wurde über den Antrag Barnbüler betreffs der Revision des Unterstützungswohnsitzes conversirt. Fürst Bismarck sprach sich reservirt über den Antrag aus; er meinte zwar, es würde sich vielleicht etwas Ausgleichendes finden lassen; allein im Großen und Ganzen passte der Antrag für den Norden nicht; dieser wolle das alte Heimathrecht nicht wieder bei sich aufnehmen. Auch wurde en passant die Währungsfrage berührt. Indem der Reichskanzler betonte, daß vorläufig der status quo in unserer Münzconferenz beibehalten werden, meinte er, man müsse erst das Ende der Verhandlungen abwarten, vielleicht werde man den freundlichkeitsstaaten in der Münzfrage kleine Gefällekeiten erweisen. Es komme ihm so vor, als sei man in der Frage in einen Sumpf geraten, aus dem man nicht wieder herauskäme, bis der Eingeweihte kommt und einem sagen wird, ob man rechts oder links gehen soll.

* Der Geh. Ober-Regierungsrath und vortragende Rath im Reichsamt des Innern, Dr. v. Moeller, ist zum Unter-Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe und der Landrat a. D. v. Wedell auf Piesdorf zum Präsidenten der Regierung in Magdeburg ernannt worden. Letzterer ist Mitglied des Abgeordnetenhauses für Sangerhausen-Erlangen. Durch seine Beförderung wird dort eine Nachwahl erforderlich.

* Verschiedene Blätter wollen wissen, daß der Geh. Ober-Regierungsrath Tiedemann zum künftigen Regierungspräsidenten in Trier designiert ist, und daß der Regierungspräsident v. Wolff das Oberpräsidium der Provinz Sachsen übernehmen wird.

* Von dem Grafen Botho zu Culemburg, der wegen der schweren Erkrankung seines Kindes auf telegraphische Nachricht am Donnerstag von Italien zurückgekehrt ist, verbreitet die „Kölner Zeit.“ eine Mitteilung, wonach mit demselben wegen Übernahme einer Oberpräsidialstelle verhandelt werden soll. Das ist höchst unwahrcheinlich. Graf Culemburg deutet sicher nicht, irgend eine Stellung im Staatsdienst unter den augenblicklich obwaltenden persönlichen Verhältnissen zu übernehmen.

* Das „D. Tgl.“ röhmt von dem soeben beförderten Geh. Rath Bosse, derselbe sei nicht nur „ein warmer Förderer der Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers“, sondern auch „ein entschiedener Protector der conservativen Bestrebungen auf gewerblichem Gebiete.“

* Senator Versmann in Hamburg hat den vielbesprochenen „Privatbrief“ des Finanzministers Bitter, oder vielmehr dessen Interpellation zu der offiziellen „Sommation“ des Fürsten Bismarck an die Hamburger jetzt in derselben Form beantwortet und den Besuch einer Bression, wie er in dem Bitter'schen Schreiben unverkennbar versucht wird, energisch zurück-

gewiesen. Hamburg will, bevor der Reichskanzler sich bindend zu einer Concession der Hamburgischen Forderungen, sei es in der Form eines Vertrages, oder in einer andern begreift, seinen Reichsstandpunkt nicht aufgeben.

Straßburg, 6. Mai. Einen äußerst interessanten Beitrag zu der Simultanfrage in Preußen liefert ein Befehl der Statthalterchaft in Elsaß-Lothringen. Während bei uns in Preußen die Simultanisierung der Volkschulen in Kreisen der Schulmänner um deswegen oft wenig wohlwollende Beurtheilung fand, weil die unbedingt notwendige Voraussetzung dazu, die Befähigung der Volkschullehrer auf simultanen Seminarien, fast vollständig geschlossen ist, bestand in den Reichslanden die Errichtung solcher Lehrerbildungsanstalten aus französischer Zeit her. Jetzt ist nach der „Br. Lehrerzeit.“ plötzlich bestimmt, daß die beiden Straßburger Seminarien (für Lehrer und für Lehrerinnen) rein evangelischen, die von Colmar und Metz rein katholischen Charakter haben sollen. So rasch ist die Neorganisierung vor sich gegangen, daß die aus den Osterferien zurückkehrenden Seminaristen von der Veränderung vor ihrem Eintritt nichts erfuhren und so direct theilweise eine Uebersiedelung zu bewerkstelligen hatten. Den Lehrern ist anheimgegeben, sich in einer bestimmten Frist versetzen zu lassen. Der Statthalter soll persönlich die Initiative zu diesem Befehl gegeben haben, um so vom Straßburger Bischof und den in Preußen augenblicklich maßgebenden Mächten entgegen zu kommen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Mai. Der König und die Königin in von Belgien und ihre Tochter, die Braut des Kronprinzen, sind gestern Nachmittag hier angekommen und begaben sich, nachdem sie von dem Kaiser und dem Kronprinzen empfangen waren, nach Schönbrunn, wo die Kaiserin und die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie sie empfingen. Heute früh sind der Prinz von Wales und Prinz und Prinzessin Wilhelm von Preußen hier angelommen. — Die Stadt ist auf das Prächtigste geschmückt.

Pest, 7. Mai. Die Einnahmen der ungarischen Staatskassen betrugen im ersten Quartal 1881 4/10 Millionen mehr als diejenigen des ersten Quartals 1880, und die Ausgaben 7/10 Millionen mehr als diejenigen des ersten Quartals 1880. Die Gesamtbilanz für das erste Quartal 1881 ist demnach um 2/10 Millionen ungünstiger als diejenige für den gleichen Zeitraum des Vorjahrs. (W. T.)

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Mai. Das Folkething wurde heute um 3 Uhr vom Conseilspräsidenten Estrup aufgelöst. Im königl. Rescript, datirt Amalienburg, den 7. Mai, welches Estrup verlas, heißt es u. A.: daß das Folkething in der 7 Monate dauernden Session gezeigt hat, daß ihm entweder die Fähigkeit oder der Wille fehle, die Sachen zu erledigen und daß die Erklärung des Finanzausschusses dargethan hat, daß eine Einigung zwischen den Kammern in Betreff des Budgets nicht zu erzielen sei.“

England.

London, 6. Mai. Im Unterhause erklärte in Beantwortung einer Frage Lord Hartington, über die Sendung einer russischen Mission nach Kabul sei die Regierung ohne Nachricht. Abdurhaman habe den Rath des Vicereigns von Indien wegen des über die Rückkehr seines Sohnes nach Kabul mit den russischen Behörden geplogenen Schriftwechsels nachgeföhlt; soweit dem Vicereign bekannt, habe aber kein Russe den Sohn Abdurhamans über die afghanische Grenze begleitet. Unterstaatssekretär Dilke fügte hinzu, die russische Mission erkläre sich wahrscheinlich nur zur afghanischen Grenze, indem sie in Petersburg um Auskunft über den Gegenstand gebeten worden. Der Premier Gladstone wohnte der heutigen Sitzung wegen eines leichten Unwohlseins nicht bei. — Im Oberhause erwiderte Lord Granville auf eine Anfrage Lord De-La-Warr's, es erweise nicht unbillig, daß die Franzosen Gewaltthätigkeiten innerhalb der Grenzen von Alger ein Ziel segnen und Maßregeln ergreifen, um die Wiederholung solcher Gewaltthätigkeiten zu verhindern. Die französische Regierung habe fortwährend versichert, daß betreffs einer Einerleiung von Tunis keinerlei Absicht bestehe. Der französische Minister des Auswärtigen, Barthélémy St. Hilaire, habe noch gestern den Pariser Botschafter Lord Lyons aufgefordert, die englische Regierung zu versichern, daß kein Gedanke an eine Eroberung oder Annexion von Tunis vorhanden sei. Die englische Regierung sei nicht eifersüchtig auf den legitimen Einfluß, den ein großes Land wie Frankreich über einen schwachen und weit weniger civilisierten Nachbar ausüben müsse, so lange als dieser Einfluß nicht mit den Vertragsrechten und mit den Interessen der englischen Unterthanen im Widerpruch stehe. Selbstverständlich sei es die Pflicht der Regierung, über die aus den jüngsten Operationen entstehenden Arrangements zu wachen und darauf zu sehen, daß diese Arrangements nicht mit jenen Rechten collidiren.

Frankreich.

Paris, 7. Mai. In der heutigen Sitzung der internationalen Münzconferenz beantragten der französische Delegirte Cernuschi und der amerikanische Delegirte Dona Horton, daß die Vertreter eines jeden Staates statthaft Angaben über die Silberausprägung oder die Goldausprägung in ihren Staaten liefern möchten. Dieser Antrag wurde angenommen. Der holländische Delegirte Pieron sprach sich zu Gunsten des Bimetallismus aus. Der belgische Delegirte Pierme erklärte, daß er die Behauptung, daß für alle Staaten die Goldwährung als alleinige Währung eine Notwendigkeit sei, aufrecht halte. Für diejenigen Staaten, in welchen ein Zwangscours für Papiergeld besthebe, sei der Bimetallismus eine finanzielle Frage, weil diese Staaten sich von dem Zwangscourse durch das minderwertige weiße Münzmetall freizumachen suchen. Schließlich sprach sich Pierme für die Aufrechterhaltung des status quo aus. Dem Vorredner gegenüber erklärte der italienische Delegirte Seissi Neto Doda im Namen seiner Regierung, daß Italien nicht daran gedacht habe, ein Geschäft daraus zu machen, indem es seine Delegirten zu der internationalen Münzconferenz entsandt habe. Dieselben sollten vielmehr mit ihrer Erfahrung, ihren Kenntnissen und ihren Ansichten zur Lösung einer, die ganze Welt interessierenden Frage beitragen. Die nächste Sitzung der Münzconferenz findet am Dienstag, den 10. d. f. statt. Am Montag werden die Mitglieder der Münzconferenz von dem Präsidenten Grevy empfangen werden und auch die Banque de France besuchen. (W. T.)

— Der Pariser Gemeinderath beschloß gestern, einer Vorlage des Polizeipräfector, welche einen Credit von 67 000 Frs. für die Herstellung von telegraphischen Verbindungen zwischen den einzelnen Feuerwehrposten verlangt, keine Berücksichtigung zu schenken. Dieser Beschluß wurde gefaßt, weil der Gemeinderath (nur sechs Mitglieder der Rechten stimmen allein gegen denselben) mit der Präfector nichts mehr zu thun haben will, so lange Andriev an deren Spitze steht.

Italien.

Rom, 7. Mai. Deputirtenkammer. In Beantwortung der Interpellation Audrais und Massaris erklärte der Ministerpräsident Cairoli, er habe in der Sitzung der Deputirtenkammer am 6. April die Erklärungen der französischen Regierung betreffend den Zweck der militärischen Operationen genau wiedergegeben. Identische Erklärungen seien auch der eng-

lischen Regierung zugegangen. Die Occupation Bizerta würde diesen Erklärungen nicht entsprechen, wenn sie einen Charakter hätte, welcher mit dem von Frankreich unternommenen Feldzuge nicht im Einklang stände. Italien und England seien übereingekommen, ein Kriegsschiff zum Schutz ihrer Staatsangehörigen nach Tunis zu entsenden. Die Interpellanten nahmen von den Erklärungen des Ministers Alt. (W. T.) Rückstand.

Petersburg, 5. Mai. In der vorgestern in Gatschin gehaltenen Ministeriatssitzung, die bis in die Nacht hinein dauerte, ist Boris Melitoff mit seinen Ansichten durchgedrungen. Großfürst Vladimir, der Anfangs gegen ihn und mit Bobedonoff stimmte, schwug sich endlich doch auf seine Seite. Der Kaiser schloß sich der Mehrheit an und somit bleibt Melitoff auf seinem Posten.

Danzig, den 9. Mai.

* [Telegraphisches Wetter-Prognostikon der deutschen Seewarte für Dienstag, den 10. Mai.] Küstliches Wetter mit veränderlicher Bewölkung und frischen nordwestlichen Winden. Zunächst zeitweise Uebersiedelung zu bewerkstelligen hatten. Den Lehrern ist anheimgegeben, sich in einer bestimmten Frist versetzen zu lassen. Der Statthalter soll persönlich die Initiative zu diesem Befehl gegeben haben, um so vom Bischof und den in Preußen augenblicklich maßgebenden Mächten entgegen zu kommen.

Düsseldorf, den 9. Mai. In der vorgestern in Petersburg, 5. Mai. In der vorgestern in Gatschin gehaltenen Ministeriatssitzung, die bis in die Nacht hinein dauerte, ist Boris Melitoff mit seinen Ansichten durchgedrungen. Großfürst Vladimir, der Anfangs gegen ihn und mit Bobedonoff stimmte, schwug sich endlich doch auf seine Seite. Der Kaiser schloß sich der Mehrheit an und somit bleibt Melitoff auf seinem Posten.

Angesichts der gegenwärtigen Meineides für schuldig, worauf sie zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt wurde.

* Der Führer einer auf dem Bahnhofe anfahrenden Drosche machte derselbst heute Vormittag die Wahrnehmung, daß ihm kurz vorher von einem ruchlosen Menschen das lederne Hinterverdeck der Drosche mit einem Messer zerstört worden war.

* Der Arbeiter E. und B. hatten gestern in einem Boote an die Fähre an der Mottlauer Wache herangeschlichen und versucht, das Tau von der Fähre loszuziehen. Sie wurden hierbei von dem Fährmann N. ergreift und einem Polizeibeamten übergeben, der beide verbat.

* Der Matrose B., von dem holländischen Schiff „Favor“, wurde gestern auf Antrag des Capitäns des selben verhaftet, weil er, als er gestern Mittag stark angetrunken auf Bord gekommen, sofort auf den Capitän in dessen Kabine losgegangen war und diesen thätlisch angegriffen hatte.

[Polizeibericht vom 8.–9. Mai.] Verhaftet: der Seelehrer J. wegen Wissensfehlung, Arbeiter F., S., R., D., R., B., L. und Wittwe L. wegen groben Unfugs, Arbeiter E. und B. wegen Diebstahl, Droschler D. wegen Beamtenbeleidigung, Drehorgelspieler B. wegen Widerrandes gegen einen Beamten im Dienst, Arbeiter B. wegen groben Unfugs und Beamtenbeleidigung; 36 Droschken, 4 Böttler, 2 Dirnen, 1 Betrunken. Gestohlen: den Commiss 3 10 Mt. der unberechtigten S. eine gelbe Henne. — Confitur: dem Fleischer S. aus Vorau ein frisches Kalbsgeschlange. — Gefunden: ein Bund Schlüssel auf dem Holzmarkt; abzuhauen beim Gastwirth Damaskus, Sanhube 29.

Ein auf dem Schüttelbaum wohnhafter Bettlägeriger franker Mann hat am 7. d. Mts. beim Rauchen einer Zigarre seine Betten und Kleider durch Unvorsichtigkeit in Brand gesetzt und ist hierbei schwere durch Brandwunden verletzt worden, daß er nach dem Stadtkrankenhaus gesondert werden mußte. — Gestern Abends wurde in der Mottlau in der Nähe der Kämpe eine unbekannte Person in Vermeilung übergegangene Leiche gefunden und nach dem Bleihose geschafft. Alter gegen 30 Jahre, schwarze Haare, dunkle Doublettaffacke, schwarzer Rock, schwarze Strümpfe, Ledergamaschen. Erwürgungen und Verblutungen über die Identität der Leiche werden nach dem Polizeiamte erbeten.

Reutlingen, 8. Mai. Am Donnerstag, den 5. d. M., wurde Dr. Regierungs-Assessor Gumprecht durch den Regierungs-Praesidenten v. Salzwedel in Gegenwart des Kreisaußschußmitglieder in sein Amt als interimistischer Landrat unseres Kreises eingeführt. — Wie verlautet, wird Graf Eulenburg nebst Familie für den Sommer seinen Wohnsitz auf Schloss Reutlingen nehmen, welches bereits für die hohen Gäste in Stand gesetzt wird.

[Reutl. Anz.) □ Altfelde, 8. Mai. In unserem Nachbarstädtchen Christburg brannte gestern früh 3 Uhr das albelannte Hotel Simbröm bis auf die Umschlagsmauern total nieder. Viele Mobilien, Werth- und Wirtschaftssachen sind mit verbrannt. Eine Kellnerin vermochte durch einen kühnen Sprung aus dem Fenster ihr Leben zu retten. Das Feuer soll in der Küche entstanden sein.

y. Marienburg, 8. Mai. Ein Theil des biesigen Hochschlosses ist an einen biesigen Kaufmann auf den Zeitraum von 10 Jahren vermietet; der Vertrag hat noch einige Jahre zu laufen. In dem Vertrag heißt es, derselbe sei vom Fiscus mit kurzer Frist nur dann zu kündigen, wenn das Schloss zu Staatszwecken gebraucht oder eingerichtet werden soll. Mit Rücksicht auf die bevorstehende und theilweise zu entrichtende Restaurierung des Schlosses ist dem Wirt der Vertrag gekündigt. Derselbe weigert sich, die Kündigung zu akzeptieren. Der Fiscus hat nun festgestellt und der erste Richter den Kaufmann zur Räumung verurtheilt, der Verkäufer hat Berufung eingelegt. Man ist auf den Ausgang des Prozesses sehr gehofft. Der Verkäufer behauptet, daß die theilweise Restaurierung nicht mit jenen Zwecken identisch sei, welche den Fiscus zur Auflösung des Vertrages berechtigen. — Die Arbeiterfrau S. aus Dr. Culau, welche wegen des Verdachts, ihr wenige Tage vorher auf der Reise geborenes Kind erdrückt zu haben, hier verhaftet war, ist bereits wieder entlassen. Bei der Section der kleinen Leute soll sich herausgestellt haben, daß das Kind nicht erstickt sondern an einer inneren Krankheit gestorben ist. — Vor einiger Zeit wurden auf dem biesigen Markt 2 Pferde mit einem Bierkasten geschnitten, welche die Bierkasten komplett zu zerschlagen. Der eine nannte sich Müller, der andere Wiedowst. Letzterer entputzte sich schließlich al der schon fischisch bestraft Buchthäuser Hornig. Derselbe erkrankte im Gefängnis an typhösen Erscheinungen, wurde auf Anordnung des Gefängnis-Justiz in das biesige Diafonthaus geführt und in einer Oberstube untergebracht. In der zweiten Nacht verließ der anscheinend Kranke sein Zimmer, begab sich nach dem unteren Corridor und suchte von hier aus durch ein nicht verriegeltes Fenster das Weite. D. ist noch nicht wieder eingekrochen.

□ Altfelde, 8. Mai. Ein Theil des biesigen Hochschlosses ist an einen biesigen Kaufmann auf den Zeitraum von 10 Jahren vermietet; der Vertrag hat noch einige Jahre zu laufen. In dem Vertrag heißt es, derselbe sei vom Fiscus mit kurzer Frist nur dann zu kündigen, wenn das Schloss zu Staatszwecken gebraucht oder eingerichtet werden soll. Mit Rücksicht auf die bevorstehende und theilweise zu entrichtende Restaurierung des Schlosses ist dem Wirt der Vertrag gekündigt. Derselbe weigert sich, die Kündigung zu akzeptieren. Der Fiscus hat nun festgestellt und der erste Richter den Kaufmann zur Räumung verurtheilt, der Verkäufer hat Berufung eingelegt. Man ist auf den Ausgang des Prozesses sehr gehofft. Die Arbeiterfrau S. aus Dr. Culau, welche wegen des Verdachts, ihr wenige Tage vorher auf der Reise geborenes Kind erdrückt zu haben, hier verhaftet war, ist bereits wieder entlassen. Bei der Section der kleinen Leute soll sich herausgestellt haben, daß das Kind nicht erstickt sondern an einer inneren Krankheit gestorben ist. — Vor einiger Zeit wurden auf dem biesigen Markt 2 Pferde mit einem Bierkasten geschnitten, welche die Bierkasten komplett zu zerschlagen. Der eine nannte sich Müller, der andere Wiedowst. Letzterer entputzte sich schließlich al der schon fischisch bestraft Buchthäuser Hornig. Derselbe erkrankte im Gefängnis an typhösen Erscheinungen, wurde auf Anordnung des Gefängnis-Justiz in das biesige Diafonthaus geführt und in einer Oberstube untergebracht. In der zweiten Nacht verließ der anscheinend Kranke sein Zimmer, begab sich nach dem unteren Corridor und suchte von hier aus durch ein nicht verriegeltes Fenster das Weite. D. ist noch nicht wieder eingekrochen.

-w- Aus dem Kreise Stuhm, 8. Mai. In unserm Kreise scheinen, wie im vorigen so auch in diesem Jahre, die Brände an Häufigkeit anzunehmen, denn wiederum

zck-Mohrungen, 7. Mai. In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten wurde der Beschluss gefaßt, ein Darlehn von 58 000 Mark mit jährlich 4% p. Zinsen und 1½% Amortisation von der Golbaer Bank zu entnehmen, um die von der Stadt Mohrungen f. z. bebilligte Beiträge zum Bau der Eisenbahnen Guldensboden-Altenstein und andere Forderungen zu decken.

8 Königsberg, 7. Mai. Der ostpreußische Provinzial-Ausschuß hielt am 5. und 6. d. M. eine Sitzung ab. Aus den Beschlüssen derselben ist Nachstehendes zu erwähnen: In dem Quärtal vom 1. Jan. bis Ende März 1881 sind in Ostpreußen für Chaussee-Neubauten auf gemeinsame Rechnung der beiden Provinzen veranschlagt 119 470 M. Davon entfallen auf Ostpreußen 48 725 M. Die westpreußische Gegenrechnung steht noch aus — Bezuglich des mit der Zisterneanstalt Rastenburg zu treffenden Abflusses, wonach jeder der 36 Kreise der Provinz eine Freistelle an der Anstalt soll besitzen dürfen, haben sich die Kreise mit Auschluß von zweien zustimmen gekürt. Die Zahl der stampfianierten Kinder beträgt in den 30 Kreisen, die bis jetzt das Verzeichnis eingefangen haben, 224. — Mit den Kreisen Gröden und Altenstein ist eine Vereinigung betreffs der Übernahme der Verwaltung der Provinzial-Chausseen erzielt. Im Ganzen sind nunmehr Verträge mit 29 (von 36) Kreisen abgeschlossen. — Der Provinzial-Landtag hat in seiner diesjährigen Sitzung einen an seiner Mitte hervorgegangenen Antrag, der darin stand: „bei geeigneter Gelegenheit dem zuständigen Minister dahin Vortrag zu halten, daß neben dem Bau einer Eisenbahn von Königsberg über Labiau und Tilsit resp. Taurrogen die Herstellung eines Uebergangs in das russische Reich mittels der Eisenbahn von Memel über Dr. Crotingen nach Wohlfeil, dem Hauptpunkt der Eisenbahn und der Eisenbahn der Eisenbahn, dem Interesse der Provinz entspricht, bzw. nothwendig ist“, dem Provinzialausschuß zur Erwägung überreicht. Demnächst ist bei dem Provinzialausschuß auch (wie mitgetheilt) eine Petition des Vorsteheramts der Kaufmannschaft, des Magistrats und des Kreisausschusses in Memel eingegangen. Im Provinzialausschuß erkannte man die Bahn für Memel als äußerst nützlich, obgleich man zu so sanguinären Hoffnungen, wie die Petition sie aussprach, nicht erheben konnte, da man annahm, daß die Concurrent Eisenbahn, in welcher haftpflichtlich der Niedergang des Memeler Handels seine Ursache habe, durch den Bau der Bahn nicht befehligt werden. Der Provinzial-Ausschuß beschloß den Landesdirektor zu beauftragen, den zuständigen Minister Namens des Provinzial-Ausschusses auf die Bahn Memel-Wohlfeil als auf eine für die Interessen Memels durchaus nützliche Bahn aufmerksam zu machen, unbedacht der Priorität der Linie Königsberg-Tauenburg-Laurrogen. — Den Unternehmern Reppe und Maich aus Berlin wurde die Genehmigung erteilt, die Provinzial-Chaussee von Königsberg über die Hufen nach Lauenstein zur Anlegung einer Pferdeebahn zu benutzen. Der Consens ist auf die Dauer von 40 Jahren gegeben, nach Ablauf von 20 Jahren steht jedoch dem Provinzialverband ein jährliches Kündigungsberecht zu. — Der Sitzsack für die noch auszugebenden Provinzial-Obligationen für Zwecke des Provinzialhilfsfonds wurde bis auf Weiteres auf 4% festgesetzt. — Von einem Kreise ist darüber Belärwe erhoht worden, daß bei Berechnung der Provinzialanhaebebauungsraume die Kosten der anzulegenden Abschlägen außer Berechnung bleiben. Da es sich um die Auslegung einer (auch in Westpreußen gültigen) Bestimmung für die Prämierung von Kreischausseen handelt, so beschloß der Ausschuß, die Entschließung dem Landtag vorzubehalten. — Die auf 10 765 M. abschließende Rechnung der Gesamtkosten für die Ueberreichung des Hochzeitsgelächts an Prinz Wilhelm (incl. Diäten und Reisekosten) wurde dechargirt. Die nächste Sitzung wird auf den 22. Juni cr. vereinbart und zugleich beschlossen, daß vorher die Provinzial-Taubstummen-Anstalt in Angerburg, das mährische Wallenbaur in Löben und die Zisterneanstalt in Rastenburg durch den Provinzial-Ausschuß in pleno befürchtet werden sollen. — E. Königsberg, 8. Mai. Am unserer Oper löst ein Saftvital das andere ab; noch weiß Franz Bey hier und erxißt außerordentliche Erfolge, und schon ist in kurzem die Zukunft von Herrn Nachbau signalisiert. — Die von Dr. Arthur Henning vor etwa einem halben Jahre begründete Privattheaterstalt „Quissiano“ auf dem hinteren Tragheim prosperiert ganz vortrefflich, so daß der Direktor bereits an die Erweiterung des Instituts denkt. Im Sommer wird dasselbe einen solide eingerichteten Kurgarten etablieren, in welchem sämtliche künstliche und natürliche Brunnen, sowie Molken und Kurnikl verabfolgt werden sollen. — Die Provinzial-Theater-Vermählung wird in diesem Jahre an dem biegsamen Platze abgehalten werden. Der Königsberger Litterverein ist bereits mit den einleitenden Arrangementen dazu beschäftigt. — Morgen begeht der seit ca. 7 Jahren hier ansäßige Regierungspräsident v. Schmelting die Feier seines 50-jähriges Dienstjubiläums. Der Jubilar gebürt seit dem Jahre 1839 dem Verwaltungsdienste an. In seiner Eigenschaft als Bürger der Stadt Königsberg hat er sich allgemeine Liebe und Achtung erworben, so daß auch die städtische Vertretung unter den Glückwünschen nicht fehlen wird. Dr. v. Schmelting hat sich überwiegend den persönlichen Gratulationen durch eine Reise entzogen. — Die bier noch immer gebäuchliche, der Gelundheit wenig förderliche Bauart der Einrichtung von Alloven, welche meistens zu Schlafzimmern verwendet werden, gab in der letzten Sitzung des prahlstarken Vereins Veranlassung, das Schädliche dieser Einrichtung nachzuweisen. Leider wissen wir aber, daß dieselbe auch bei den meisten Neubauten immer noch beibehalten wird. — Bromberg, 8. Mai. Die Flöherei-Sterne-Rektion ist von Thorn nach der Ostenauer Weichselquelle verlegt worden. Das Geschäftskloster der obertretenden Beamten befindet sich bei dem Befestiger Jahnke in Siebenberg bei Schulz.

Vermischtes.

■ Berlin, 8. Mai. Heute hat die Probefahrt auf der von Dr. Werner Siemens erbauten elektrischen Bahn von Steglitz nach Lichterfelde stattgefunden. Dieselbe soll in den nächsten Tagen den Verkehr übergeben werden. Die Strecke ist ca. ¼ Meile lang, die Dauer der Fahrt beträgt 5 Minuten. Es werden auf einmal 20 Personen befördert. In nächster Zeit wird eine zweite elektrische Bahn von Charlottenburg nach Westend gebaut. — Auf den Vorschlag Birchow's werden die städtischen Behörden Herrn Dr. Schlemann, dessen dem Reich gehörende Troja-Funde in Berlin aufgestellt werden sollen, zum Ehrenbürger der Stadt Berlin ernennen. — Trotzdem die Stadt Berlin ihre Prozeß gegen das Polizeipräsidium betreffend die Polizei-Befestigung wegen des Verbotes des Wasserabschlebens seitens der städtischen Verwaltung in denjenigen Fällen, wo für das von den Wasserwerken entnommene Wasser Abfuhr von den Eigenbürgern nicht zu erhalten war, in allen drei Instanzen gewonnen hat, und das Polizeipräsidium zur Tragung der Kosten verurtheilt ist, so kommt die Stadt in die angenehme Lage, die in diesen Prozeß entstandenen harten Auslagen selbst zahlen zu müssen, da wenn dieselben auch vom Polizeipräsidium gezahlt werden, sie von der Stadt als Ansage für sachliche Polizeikosten getragen werden müssen.

* Die am 7. Mai 1881 erschienene Nr. 29 der „Württ. Welt“, Württembergische Wochenschrift für die Familie und den Künstler, herausgegeben von Max Goldstein enthält: „Der Ring des Nibelungen“; sein Eingang in die Reichshauptstadt; „Abeingold“ von Max Goldstein. — Bilder aus Dr. Karl Loewe's Leben. Von Dr. Max Kunze. V. „Elmersböh“. — Aufführungen in der Hauptstadt. „Coppelia“. — Neue Symphonie von Beethoven. — Klavier-Concert. — Notizen aus der Tagesgeschichte. — Anzeigen.

* In der Nacht vom 28. auf den 29. April drang ein wütender Wolf in das Dorf Gömörlö im Sallager Comitat ein und verwundete achtzehn Personen. Von dort verjagt, erschien die Bestie gegen 4 Uhr Morgens in M. Egry, wo sie gleichfalls mehrere Personen bis auf den Leib verwundete. Auch zahlreiche Haustiere wurden gebissen und nur nach vieler Mühe gelang es den Leuten, das Unikat zu erschlagen. In beiden Ortschaften wurden Spitäler errichtet; die überglänzende Bevölkerung nimmt jedoch das Unglück ver-

hältnismäßig leicht, da der Sage nach ein wütender Wolf ein „Brüllwulz“, das ist ein böser Geist, ist, der die Gestalt eines Wolfes annimmt, durch seinen Bis über die Menschen von allen ihren Sünden reinigt. Diese Sage fand in dem gegebenen Fall ungemeine Glaubens, als sich das Unglück zwischen Östern und dem Georgstag, das ist in jener Zeit ereignete, in der wieder dem Volksgläubigen gemäß, die bösen Geister am häufigsten erscheinen.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 9. Mai.

	Ors. v. 7.	Ung. 6½ Gold-	Ors. v. 7.
Weizen, gelb		rente	102,10
Mai	224,50	224,00	102,10
Mai-Juni	220,00	220,00	60,50
Roggen		H. Orient-Anl	61,20
Mai	1877er Russen	96,20	95,90
Sept.-Okt.	1880er	78,20	77,50
Petroleum pr.		Berg.-Märk.	
200	St.-Act.	116,7	117,10
Mai	Mlawka Bahn	—	98,50
Bübl	Lombarden	210,50	210,50
Mai-Juni	Franzosen	585/0	581,50
3½% Wstpr.	Galizier-St.-A.	131,5	132,50
Sept.-Oct.	Rum. 6½ St.-A.	101,30	101,20
Spiritus loco	Cred.-Action	62,00	61,00
Mai-Juni	Diac.-Comm.	220,50	213,75
4% Consols	Deutsche Bk	169,70	167,00
3½% Wstpr.	Laurahütte	—	—
4% Consols	Action	111,50	112,50
3½% Wstpr.	Oester. Noten	174,10	174,00
Pfandbr.	Russ. Noten	210,50	209,85
4% Wstpr.	Kurz Warech.	209,90	209,55
Pfandbr.	Kurz London	—	20,48
4½% Wstpr.	Lang London	—	20,365
	Fondsboerse:	günstig.	

Hamburg, 7. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco unveränd., auf Termitne fest. — Roggen loco unveränd., auf Termitne besser. — Weizen 7e 1000 Kilo 7e Mai 216 Br., 215 M. — Roggen 7e 1000 Kilo 7e Mai 204 Br., 202 M. — Hafer und Gerste unveränd. — Bübl rubig, loco 55,00, 7e Mai 55. — Spiritus fest. 7e Mai 45½ Br., 7e Junt-Juli 46 Br., 7e Juli-August 46½ Br., 7e August-September 46½ Br., 7e September matt, Umsatz 2000 Sad. — Petroleum fest. Standard white loco 7,55 Br., 7,50 M. — Raffinerie matt, Umsatz 200 Sad. — Petroleum fest. Standard white loco 7,55 Br., 7,50 M. — Raffinerie matt, 7e August-Desbr. 8,10 Br. — Wetter: Schön.

Bremen, 7. Mai. (Schlußbericht.) Petroleum fest. Standard white loco 7,62%, 7e Junt 7,75, 7e August-Desbr. 8,25. Alles bezahlt und räuber. — Frankfurt a. M., 7. Mai. Effecten-Societät. Credit-Aktion 307, Franzosen 289%, Discont-Commandit 219%, Darmst. Bant 16%. Steigend.

■ Wien, 7. Mai. (Schluß-Course.) Papierrente 78,50, Silberrente 79,00, Desterreich Goldrente 94,65. Ungar Goldrente 117,45, 1884er Poole 122,25, 1860er Poole 132,25, 1864er Poole 176,25, Creditolo 180,50, Ungarische Bräumentolo 119,50, Credit-Aktion 248,50, Franzosen 330,50, Lombarden 120,75, Salzter 304,25, Raibach-Oder, 151,20, Baudubiger 155,70, Nordwestb. 204,00, Elisabethb. 208,50, Lemberg-Gerau 181,00, Nordb. 240,50, Kronprinz-Rudolf 166,20, Franz-Josef 190,00, Unionb. 143,90, Anglo-Austr. 149,90, Wiener Bankverein 141,25, Ungar. Creditakt. 349,90, Deutsche Blätze 57,50, Londoner Wechsel 117,85, Barther Wechsel 46,65, Amsterdam do. 97,55, Napoleon 9,33, Dutaten 5,55, Silbercon. 100, Markaten 57,55, Russ. Banknoten 1,20/—, böhm. Wechselb. —, 4% ungar. Bodencredit-Bandbriefe —, Elbthal 241,75, ungarische Papierrente 93,80.

Amsterdam, 7. Mai. (Schlußbericht.) Getreidemarkt. Weizen 7e November 292. Roggen 7e Mai 251, 7e October 211.

Antwerpen, 7. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. — Roggen steigend. Hafer bes. Hauptfest. Gerste fest.

Antwerpen, 7. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. Produktionsmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, 7e Mai 28,90, 7e Junt 28,90, 7e July-August 28,40, 7e September-December 27,40. — Roggen bebt, 7e Mai 23,25, 7e September-December 19,75.

— Weiß fest, 7e Mai 63,25, 7e June 63,00, 7e July-August 62,00, 7e September-Desbr. 9, Marques, 59,25, 7e July-August 73,50, 7e September-December 72,50, 7e July-August 61,00, 7e Septbr.-Desbr. 59,25. — Wetter: Schön.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. Produktionsmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, 7e Mai 28,90, 7e Junt 28,90, 7e July-August 28,40, 7e September-December 27,40. — Roggen bebt, 7e Mai 23,25, 7e September-December 19,75.

— Weiß fest, 7e Mai 63,25, 7e June 63,00, 7e July-August 62,00, 7e September-Desbr. 9, Marques, 59,25, 7e July-August 73,50, 7e September-December 72,50, 7e July-August 61,00, 7e Septbr.-Desbr. 59,25. — Wetter: Schön.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loco 19½ bez. und Br., 7e Sept.-December 21 bez. u. Br. fest.

Paris, 7. Mai. (Schlußbericht.) Raffinerie, Type weiß, loc

Statt besonderer Meldung.
Gestern Abend 6 Uhr wurde uns
ein Sohn geboren.
Danzig, den 9. Mai 1881.
O. Hauemann und Frau.

Die Verlobung unserer Tochter Betty
mit dem Kaufmann Herrn Gustav
Böhme—Zwischen zeigen ergeben an
H. Krombach und Frau.
Heute Morgen 7½ Uhr starb unsere
liebe Tochter Alice, welches tief
be trübt anzugeben.
Danzig, den 8. Mai 1881.
Hermann Kumm und Frau.

Heute Nachmittags 4 Uhr
starb nach schweren Leiden mein
lieber unvergesslicher Mann, unser
guter Vater, Onkel, Schwieger-
und Großvater, der frühere
Kornwerker Johann Andreas Kummel in seinem
72. Lebensjahr.
Dieses zeigen statt jeder be-
sonderen Meldung Freunden und
Verwandten tief betrübt an.
Droh, den 7. Mai 1881.
Die trauernden Hinter-
bliebenen.
Die Beerdigung findet
Donnerstag, den 12. Mai, Nach-
mittags 4 Uhr, vom Sermhaus,
Droh 173, nach dem St. Georgs-
Kirchhofe zu Droh statt.

Den heute Nachmittag 4½ Uhr nach
kurzem Krankenlager erfolgten
samt Tod unserer einzigen Tochter
Anna zeigen tief betrübt an.
Praust, den 7. Mai 1881.
G. Lindt und Frau.

Statt besonderer Meldung.
Heute früh entschlief sanft nach acht-
tägigem Leiden an den Folgen der
Lungenentzündung unsere innig geliebte
Mutter, Schwieger-, Groß- u. Urgroß-
mutter, die verloren Frau

Florentine Spliet,
geb. Stobbe,
in ihrem 78. Lebensjahr. Dieses zeigen
tief betrübt an.
Fischenthal, den 8. Mai 1881.
Die Hinterbliebenen.

Heute Abend 7½ Uhr starb nach
langem schweren Leben mein innigst liebster Mann, der Gutsbesitzer

Heinrich Schneider.
Tief betrübt zeigen dieses an.
Heidemühle, den 7. Mai 1881.
Elise Schneider, geb. Steinhoff.

Auction.
Am 13. Mai er., Vormittags
10 Uhr, werde ich in meinem Auctions-
lokal im Wege der Zwangsvollfreigabe
circa 1.5 Mr. Budßin, circa 9.75 Mr.
rothen Flanell, eine Quantität Futter-
zeug, Schöpfe und Beschrank, Tepich,
diverse Möbel, sowie circa 40 Meter
Platine, Ektimo, Diagonal (in Größen
von 2, 2.20 und 2.50 Meter, passend zu
je einem Ueberzieher) gegen sofortige
Zahlung meistbietend versteigern.

Petersson,
Gerichtsvollzieher,
Pfefferstadt No. 37.

Dampfer-Verbindung.
Danzig-Brandenburg-Culm.
Des Feiertages wegen laden
Dampfer "Brandenburg", Capt. Joh.
Goetz nur bis:

Dienstag, 10. d. Mts.,
Abends,

in der Stadt und
Neufahrwasser.

Güter nach den Weichsel-Städten
bis Culm.

Anmeldungen nimmt entgegen

A. R. Piltz,
Schäferei 12.

Nach Puzig.
Feiertags halber fährt Dampfer

"Puzig", Capt. Barlaß, Donnerstag,

den 12. h. Morgens 8 Uhr, vom

Schäfereischen Wasser.

(6052)

"Weichsel", Danziger Damps-

schiffahrt und Seebad-Aktion-

Gesellschaft.

Emil Berenz.

An Ordre

mit Gütern von New-York ange-
kommen, liegt Schiff "Confid.
Platen", Capt. Schütz, in Stroh-
deich löscherig und muss dort für

Padungszrechnung gemäß den Con-

novisementen soweit als nothwendig

ableichten. Die Empfänger wollen

sich schnellst möglich melden bei

G. L. Hein.

Die beliebtesten

ungarisch n Tänze

deren Composition nur irrtümlich
J. Brahms zugeschrieben

wird, sind in einer

billigen Volksausgabe

erschienen und kosten:

für das Piano 1 a 2 Mk. nur 1 Mk.

Borräthig in

Th. Eisenhauer's

Musikalien-Handlung,

Langgasse 40.

Auswärtigen Frankaufsendung

für Mk. 1,10 resp. Mk. 1,60.

Stettiner Pferde-Votterie. Biegung

24. Mai cr. Loos 1 a 3.

Mecklenburger Pferde-Votterie.

Biegung 25. Mai cr. Loos 1 a 3.

Tessiner Pferde-Votterie. Biegung

1. Juni cr. Loos 1 a 3.

Baden-Baden-Votterie I. Klasse

Biegung 7. Juni cr. Loos 1 a 2 bei

Th. Bertiing, Gerbergasse 2.

Französische reinwollene Beiges und Cachemirs,

dazu passende Besatzstoffe in

einsfarbig, gestreift und ombriert, Lyoner Seidenstoffe

in schwarz, weiß und farbig,

empfiehlt in reicher Auswahl

W. Jantzen.

P. P.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß wir Herrn

C. H. Kiesau

für Danzig und Umgegend

den Alleinverkauf von unserem Lagerbier übertragen haben. Indem wir hoffen,
dass wir das gute Renommé, welches wir hier am Orte und in den Provinzen durch unser Gebräu erzielen, auch an dortigem Platze erwerben werden,
Hochachtungsvoll

Actien-Brauerei Schönbusch

Königsberg i. Pr.

C. Hoffmann. W. Schalkau.

Bezugnehmend auf Obiges, werde ich stets ein hinreichendes Lager halten
und dasselbe zu Brauerei-Preisen in Original-Gebinden unter Hinzurechnung
der Fracht abgeben, sowie in meinem Lokale:

„Hundehalle“

mit 15 Pf. pro Glas verzapfen.

C. H. Kiesau.

Für Herren

Paletots, Anzüge und Bluskleider

werden von den modernsten Stoffen unter Garantie des Gut-
sitzens zu äußerst billigen Preisen in kürzester Zeit angefertigt.

Louis Paradies,

Uthhandlung & Herren-Confections-Geschäft,
jetzt Langgasse No. 17, 1. Etage
im Hause des Herrn Louis Loewensohn Nachflgr.

Rasen-Scheer-
Maschinen
jeder Gattung,
New-Excelsior
in 4 verschiedenen Größen mit und
ohne Walzen.
Gartenschläuche
in Hanf, Gummi u.
Schlauchverschraubungen und
Spritzen und
empfiehlt

E. Wagner

Vorstadt. Graben 41.

Frisches Gemüse,
französische Zuckererbsen in Shoten,
französische Schneidebohnen,
empfiehlt

Gustav Seitz, Hundegasse No. 21.

Getten Räucherlachs,

heute aus dem Rauche erhalten, empfiehlt

Gustav Seitz, Hundegasse No. 21.

Loose

zur Mecklenburger Pferde-Verlosung, 25. Mai, a 3 Mk.
zur Lotterie von Baden-Baden, I. Ziehung am 7. Juni, a 2 Mk.
Vollloose für alle V Kl. 10 Mk. in der Expedition der

Danziger Zeitung.

Neu! Appretur-Glanz Neu!
(Starke-Zusatz-Präparat)

verleiht feiner Damen- und Herren-Wäsche einen brillanten Glanz, macht
dieselbe blendend weiß, steif und elastisch, als wäre es neue Wäsche, und
kann sowohl zum Kalt- wie Warmstricken gebraucht werden.

In Danzig allein bei

Hermann Lietzau, Holzmarkt No. 1.

Seine Maschinen-Bauanstalt u. Metallgießerei
empfiehlt

J. Zimmermann, Danzig, Steindamm 7.

Brauerei English Brunnen, Elbing,

Lager- und Böhmisches Bier obiger Brauerei in vorzüglicher Qualität, empfiehlt
in Gebinden als auch in etikettirten Flaschen

Robert Krüger, Hundegasse 34.

Mecklenb. Hypotheken- und Wechselbank

in Schwerin.

Die Bank belehnt städtische Grundstücke und Liegenschaften resp. lombardirt

Hypotheken unter soliden Bedingungen.

Die General-Agentur.

Wilh. Wehl, Danzig, Brodbänkengasse 12.

[1881]

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881

1881